Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 3. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 4. Januar 1933. | 15. Jahrgang.

Was kann ich eigentlich? Du kannst — Laß dich's nicht grämen —
Du kannst im Grunde nichts, als das, was Gott gibt, nehmen.
H. Planck.

Rückblick und Ausblick.

Das Jahr 1932 ist abgelaufen. In meiner Neujahrsbetrachtung, Silvester 1931 hatte ich Wunsch und Hoffnung ausgesprochen, das Ende des Jahres 1932 würde Deutschland ein anderes Gesicht gegeben haben.

Ich dachte damals — geschichtliche Beispiele und Vorgänge zum Vergleich heranziehend — an eine Neubelebung und Vertiefung des nationalen Gedankens, an eine Umgestaltung des Wirtschaftsdenkens und der Wirtschaftsformen. Deutschland trägt noch immer das not- und sorgendurchfurchte Gesicht. Das Wirtschaftsdenken seiner beamteten Führer vollzieht sich noch immer im althergebrachten Rahmen. Ansätze da und dort auf dem Gebiete der Gesetzgebung, die einige Hoffnung zu wecken berechtigt waren, blieben Ansätze. Immer wieder erwiesen sich diese Ansätze als Halbheiten. Hart standen sich die Weltanschauungsfronten, die Wirtschaftsauffassungsfronten in diesem Jahr gegenüber, in diesem Jahr, das wie kein anderes dafür bestimmt schien, die Entscheidung zugunsten der einen oder anderen Front zu treffen. Es ist das Verdienst des Reichspräsidenten, daß die Gegensätze nicht zum offenen Ausbruch kamen. Ob der Reichspräsident in dieser seiner Haltung eine geschichtliche Aufgabe erfüllt hat, zu der er vom Schicksal berufen ist, das wird erst die Zukunft lehren. Sicher ist, daß er das als seine Aufgabe betrachtet hat und auch weiter betrachten wird. Die Kreise, die der bürgerlichen Denkgesetzlichkeit folgen, sehen in der Haltung des Reichspräsidenten, die er konsequent durchgeführt hat, einen Schutzwall gegenüber den Forderungen der Anhänger einer Gemein- oder Planwirtschaft.

Die anderen wollen in seiner Haltung das größte Hindernis in der Fortentwicklung der nationalen Idee erblicken. Ein abschließendes Urteil wird die Geschichte zu fällen haben. Solange Hindenburg Reichspräsident ist, wird ihm die wohlverdiente und selbstverständliche Achtung und Ehrerbietung werden, die seinem hohen Amt, seinem hohen Alter und seinen Verdiensten gebühren.

So scharf jeder anständige Deutsche einen unehrerbietigen Angriff gegen den Reichspräsidenten zurückweisen wird, so wenig wird man sachliche Auseinandersetzungen mit dem politischen Wirken des Herrn Reichspräsidenten unterbinden dürfen. Das liefe auf eine Vergötterung hinaus, die auch dem innersten Wesen des Reichspräsidenten zuwider sein würde.

Die Entwicklung der Deutschen zur Nation ist auch in diesem Jahre noch nicht zum Abschluß gekommen. Wir sind noch immer nicht ein Volk geworden, obwohl gerade das letzte, das besondere Notjahr, Möglichkeiten und Mittel dazu gebracht hat.

Es fehlt dazu in allen Gliedern unseres Volkes die Erkenntnis der geschichtlichen Zusammenhänge und der allgemeine Wille, die geschichtlichen Grundlagen zur Plattform für die Weiterentwicklung der nationalen Idee zu machen, die sich erst nach dem Kriege schwach entwickelt hat, und deren Träger vornehmlich jene Verbände, Bünde und Gruppen waren, die man jahrelang als „Staatsfeinde" bezeichnete.

Zwar hat uns das Jahr 1871 das einige Reich gebracht und damit den äußeren Rahmen zur Volkwerdung. Diese geschichtliche Tat eilte der seelischen Entwicklung zum Volksbewußtsein voraus. Selbst Bismarck war sich hierüber klar: „Setzt Deutschland in den Sattel, reiten wird es schon können". Bismarck schuf die Form und vertraute auf den gesunden Sinn der Deutschen, daß die die deutsche Geschichte bestimmende Idee in die Form noch hineinwachsen solle. In dieser Voraussetzung hat sich Bismarck geirrt. Das zeigt der November 1918. **Wir werden den Faden da aufnehmen müssen, wo er 1918 abgerissen ist. Um äußere Formen und starre Symbole braucht man sich bestimmt nicht zu streiten.** Aber die Hauptlinie muß eingehalten werden. Es kommt nicht so sehr darauf an, daß wir zum Staatsvolk werden mit geordneten rechtlichen Beziehungen zwischen Staat und Volk, **sondern daß wir endlich zur Nation werden mit ihrer mehr gefühlsmäßigen aus Blut und Boden quellenden Verbundenheit zum Staat.**

Das ist eine Aufgabe, die der jungen Generation gestellt ist, zu erfüllen haben wird.

Einen Ansatz zu neuem Wirtschaftsdenken, zum Gemeinwirtschaftsdenken findet man in dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der neuen Reichsregierung. Die Gerechtigkeit gebietet festzustellen, daß die neue Reichsregierung da anfängt, wo der frühere Reichskanzler Dr. Brüning aufgehört hat, nämlich mit der Schaffung von Siedlungen im größeren Maßstabe. So ernstlich die Gedanken, die der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gereke, vorbrachte, aufgenommen werden müssen, so bedauerlich ist es, immer wieder sehen zu müssen, daß wertvolles Gedankengut, welches Männer von Namen und Rang vor vier, fünf Jahren in das deutsche Volk hineinwarfen, erst heute, da es spät, vielleicht zu spät ist, aufgegriffen wird. Und dann auch nur noch zur Hälfte.

Ich frage mich immer wieder, warum man nicht regierungsseitig, nachdem man spät, hoffentlich nicht zu spät, endlich die Gedanken aufgreift, nicht jene Männer beruft, die uns das Gedankengut gaben. Ich denke dabei an Geheimrat Rudolf Böhmer, der in seinen Schriften „Arbeiter, Bauern und Soldaten", „Das Erbe der Enterbten", die Grundlagen für eine großzügige Umschichtungs- und Siedlungspolitik, wenigstens in der Theorie, jedoch wissenschaftlich begründet, herausgebildet hat. Wenn es um die Existenz eines Volkes, wenn es um die Möglichkeit der Volkwerdung geht, dürfen weder Personenfragen noch unter Umständen Währungsfragen eine vordringliche Rolle spielen. Es nützt nicht viel, wenn Dr. Luther den letzten hundert Deutschen, die dann noch an der Goldwährung interessiert sind, triumphierend zu erklären vermag, daß er die Goldwährung durch alle Phasen der Krise gehalten habe, sofern auf der anderen Seite viele Millionen Erwerbsloser und Enterbter ein Geldsystem verfluchen, welches keine genügende Ausweitung zur Siedlungs- und Arbeitsbeschaffung ermöglicht.

Selbst Dr. Gerekes ursprüngliche Pläne, die sich wenigstens in etwa an Geheimrat Böhmers Ideen anlehnen, sind von Dr. Luther um des Prinzips willen stark beschnitten worden. Vorerst einmal sind 500 Millionen Reichsmark für die Arbeitsbeschaffungspläne bereitgestellt worden, und zwar als Kredit an Länder und Gemeinden. An die Gemeinden, die an si chschon überschuldet u. deren Finanzen mehr oder weniger stark zerrüttet sind. Es gehört nicht viel Prophetengabe dazu, um zu erklären, daß die guten Gedanken, die dem Arbeitsbeschaffungsprogramm anhaften, an der Unzulänglichkeit der Mittel scheitern werden. Ist das der Fall, dann sind aber auch die 500 Millionen hinausgeworfen, wie schon manche Milliarde in den letzten Jahren nutzlos vertan wurde, weil alles, was angefaßt wurde, in Halbheiten endete.

Milliarden sind an Reichsmitteln (Hauszinssteuermitteln zum Bau von Wohnungen und Eigenheimen) verausgabt worden. In einem einzigen Jahr der Deflation sind Milliarden Werte verloren gegangen. Ueberall da, wo etwas Großzügiges geschehen soll, erscheint bestimmt die Reichsbank und legt ein Veto ein. Zehntausende deutscher Rentner und Sozialrentner werden nachträglich mit Bedauern feststellen, daß Dr. Luther nicht 1921 bis 1923 Reichsbankpräsident war und durch sein starres Festhalten am Goldstandard den Inflationswahnsinn zu vermeiden versuchte. Sie fragen sich, warum denn damals der jetzige Reichsbankpräsident sein Licht so bescheiden unter den Scheffel gestellt hat, da die kleinen Leute Interesse an der Festwährung hatten. Die Arbeitsbeschaffung ist ein staatpolitisches Problem und ein sozialpolitisches zugleich. Gemessen an dieser Zielsetzung sind 500 Millionen Reichsmark so gut wie nichts. **Hoffentlich bringt das Jahr 1933 endlich die Erkenntnis, daß es viel wichtiger ist, daß unser deutsches Volk lebt, zum Volk und zur Nation wird, als daß um jeden Preis an einem Wirtschafts- und Geldden ken festgehalten werden müsse, wie es einer Wirtschaftsordnung entspricht, die einerseits Millionen von Menschen hungern u. feiern sieht, andererseits reiche Ernten als Ungemach empfindet, ihre Erträgnisse dem Meer und dem Feuer zur Vernichtung übergibt.**

Der Anfang des Jahres 1932 sah noch das stark umkämpfte Kabinett Heinrich Brüning, getragen von dem unerschütterlichen Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten. Schon Mitte des Jahres war das Vertrauensgut geschmälert, und Herr von Papen nahm Brünings Stelle und das unerschütterliche Vertrauen ein. Ihm folgte nach verhältnismäßig kurzer Zeit Schleicher, obwohl man dem Kabinett Papen auch im Auslande eine Dauer voe etwa drei bis vier Jahren unterstellte. Immerhin sollen hier innen- und außenpolitische Stimmen Erwähnung finden, die schon Ende vorigen Jahres und Anfang 1932 Schleicher als den kommenden Mann in Deutschland bezeichneten und — recht behielten. Das Ausland hat eine feine Nase. Oder feinere Ohren und schärfere Augen. Auch Schleicher wird keine parlamentarische Basis finden, darum entweder einem neuen Kabinett Platz machen oder aber auf eine gewisse Zeit diktatorisch regieren müssen.

Die Nationalsozialisten, die sich denkbar nahe am Ziel wähnten, wurden erbitterte Gegner und benutzten — nachdem sich Hitler auf die unbedingte Legalität seiner Bewegung festgelegt hat — die ihnen sonst verhaßte Plattform, das Parlament, als Kampffeld um die Macht im Staate. Man wird — von der Regierungsseite aus gesehen — an dieser gewaltigen Bewegung nicht vorbeigehen können, und ihr früher oder später den Einfluß zubilligen müssen, auf den sie nach der parlamentarischen Spielregel schon länger Anspruch gehabt hätte.

Schluß folgt.

Die Zinsfrage im Lichte der Bibel.

Seitdem Gottfried Feder sich mit seinem „Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft" an alle gewendet hat, ist die Frage nach der Berechtigung des Zinses in vielen Herzen lebendig geworden und wohl nicht so leicht wieder zum Schweigen zu bringen. Und es dürfte, wie H. Vagts in Nr. 277 des „Aufwärts" treffend ausgeführt hat, geradezu eine Schicksalsfrage für den Nationalsozialismus sein, wie er sich zur Zinsfrage stellt. Vielleicht aber ist dies nicht nur eine Schicksalsfrage für den Nationalsozialismus, sondern eine Schicksalsfrage für die ganze Christenheit. Die Leser des Aufwärts wird es vermutlich besonders interessieren, welche Stellung die Bibel zur Zinsfrage einnimmt. Hierüber sei darum kurz einiges zusammengestellt.

Vorausgeschickt sei, daß wir uns darüber klar sein müssen, daß man die Regeln, die unser Herr Christus seinen Jüngern gibt, und die die Apostel ihren Gemeinden geben, nicht ohne weiteres auf die Welt anwenden darf; denn der Glaube ist nicht jedermanns Ding. Umgekehrt darf aber auch das Wort: „Christus ist des Gesetzes Ende", nicht ohne weiteres auf die Welt des Unglaubens angewendet werden; denn Christus ist des Gesetzes Ende nur für den, der an ihn glaubt, weil der des Gesetzes nicht mehr bedarf. So ist z. B. die Anweisung Luk. 6, 35 „Tut wohl und leihet, daß ihr nichts dafür hoffet!" nur zu Christen gesagt und kann darum nicht zur Grundlage einer staatlichen Ordnung gemacht werden. Anders dagegen verhält es sich mit den Gesetzen, die Gott durch Mose dem Volke Israel gab. Hier dürfte es sich doch um eine Willenskundgebung Gottes handeln, deren Grundsätze für alle Völker zu allen Zeiten verbindliche Kraft haben. So scheint z. B. die alttestamentliche Zehntenordnung für unsere Sozialgesetzgebung und die alttestamentliche Bodengesetzgebung für unsere Bodengesetze noch manche wertvollen Fingerzeige zu enthalten, die wir noch längst nicht genug ausgewertet haben. Und es ist doch eine sehr ernste Frage an die Kirchen, ob sie nicht neben der Predigt des Evangeliums die Verkündigung der göttlichen Gesetze an die Völker haben zu kurz kommen lassen. Vor allen Dingen aber scheinen die alttestamentlichen Zinsverbote in unserer kapitalistischen Wirtschaftsform viel zu wenig beachtet worden zu sein.

Zur Entschuldigung der Christenheit muß um der Gerechtigkeit willen daran erinnert werden, daß sich seit Luthers Tagen die Bedeutung des Wortes „Wucher" in unserm Sprachgebrauch verschoben hat. Luther nennt jede Art von Zins Wucher. So sagt er z. B. in „Von Kaufhandlung und Wucher": „Wenn einer also leihet, daß er mehr wieder nehmen will, das ist ein verdammter Wucher." — Wir dagegen denken heute, wenn wir das Wort „Wucher" lesen, nur an das Fordern von übermäßig hohen Zinsen. Dieser veränderte Sprachgebrauch hat viele Leser der Lutherbibel irregeführt. Luther übersetzt das Wort „Zins" im Urtext fast stets mit Wucher. Wir führen daher hier die betreffenden Worte nach der Uebersetzung von Menge an, um die Irreführung zu vermeiden, die dem Leser der Lutherbibel durch den veränderten Sprachgebrauch des Wortes „Wucher" heute an diesen Stellen widerfährt.

Schon in der Gesetzgebung auf dem Berge Sinai gebietet Gott dem Volke Israel: Wenn du jemandem aus meinem Volke, dem Armen, der bei dir wohnt, Geld leihst, so sollst du dich nicht als Wucherer gegen ihn benehmen; ihr sollt keine Zinsen von ihm fordern. (2. Mos. 22, 24). Aehnlich lesen wir 3. Mos. 25, 35 ff.: Wenn einer deiner Volksgenossen verarmt, so daß er sich neben dir nicht halten kann, so sollst du ihn unterstützen wie einen Fremdling oder Beisassen, damit er seinen Unterhalt neben dir habe. Du sollst nicht Zins und Aufschlag von ihm nehmen, sondern dich vor deinem Gott fürchten, damit dein Bruder seinen Unterhalt neben dir habe. Du darfst ihm dein Geld nicht um Zinsen geben und deine Nahrungsmittel nicht um Aufschlag: Ich bin der Herr, euer Gott. — —

411 Städt. Bibliothek S 839

Aehnlich lautet Gottes Gebot in 5. Mos. 23, 20 und 21: Du sollst von deinen Volksgenossen keinen Zins verlangen, weder für geliehenes Geld noch für gelieferte Lebensmittel, noch für irgendetwas anderes, das man gegen Zinsen verleihen kann. Von einem Ausländer magst du dir Zinsen zahlen lassen, nicht aber von einem deiner Volksgenossen, damit der Herr, dein Gott dich bei allen deinen Unternehmungen segne. Bei diesem Zinsverbote fällt uns die Einschränkung gegenüber dem Ausländer auf. Man mag hier vielleicht daran denken, daß Gott dies den Juden „um ihres Herzens Härtigkeit willen" erlaubt habe, um wenigstens das Zinsnehmen vom Volksgenossen zu verhindern. Man mag aber auch daran erinnern, daß mit dem Leihen an Ausländer ein besonders großes Risiko verbunden war. Und es läßt sich ja nicht leugnen, daß der Zins als Risikoprämie ein gewisses inneres Recht hat. Dagegen sollte er dort, wo Sicherheit geboten wird, verschwinden. Das wird er freilich nur dann, wenn man ihn nicht durch Gesetze zu regeln versucht, die doch immer wieder übertreten würden, weil sich eben auch der Preis des Geldes automatisch nach Angebot und Nachfrage regelt. Aber, fragst du, wie soll man sonst den Zins beseitigen? Ich antworte: Man muß die Ueberlegenheit des Geldes über die Ware beseitigen, die darin besteht, daß die Ware sich dauernd entwertet, das Geldstück oder der Geldschein aber auch dann stabil bleibt, wenn es im Sparstrumpf dem Blutkreislauf der Volkswirtschaft entzogen wird. Ich meine mit Silvio Gesell: Wenn ein Mensch mehr verdient, als er ausgibt, so ist er verpflichtet, diesen Mehrverdienst der Wirtschaft seines Volkes nicht zu entziehen, d. h. ihn einer Bank oder Sparkasse seines Volkes zuzuführen. Hierfür soll er nicht durch Zins belohnt werden. Im Gegenteil: Er ist durch Zinsverlust zu bestrafen, wenn er sein Geld der Wirtschaft seines Volkes entzieht und diese damit schädigt. Und dieser Zinsverlust muß sein Kapital allmählich verkleinern, während es ihm auf der Bank oder Sparkasse stabil bleiben muß. Die Volksbank hat volle Sicherstellung des ihr anvertrauten Geldes und Erhaltung der Kaufkraft desselben zu gewährleisten. Sie darf also nicht spekulieren. Aus 5. Mos. 24, 10 und 11 geht hervor, daß auch in den biblischen Ordnungen die Sicherstellung eines gewährten Darlehns vorausgesetzt wird.

Sehr interessant ist in diesem Zusammenhange Nehemia 5, 1—13. Mit Vertauschung der Personen möchte man Vers 8 gegenwärtig so lesen" „Unser Herr Christus hat eure Volksgenossen und Brüder durch sein teures Blut zu seinem Eigentum erkauft. Und ihr wollt sie nun wieder durch den Zins zu euren Sklaven machen und ihnen den verdienten Lohn vorenthalten?" Denn wenn man liest, daß nach Berechnungen Helfferichs auch bei mäßigen Zinssätzen, wie wir sie in Deutschland in der Vorkriegszeit hatten, mehr als ein Viertel des deutschen Volkseinkommens Zinseinkommen war und noch nicht drei Viertel Arbeitseinkommen (gegenwärtig ist das Verhältnis für das Arbeitseinkommen noch viel ungünstiger), so kann einen tatsächlich ein heiliger Zorn packen über eine solche Ungerechtigkeit, zumal wenn man bedenkt, daß jede Verkürzung des Arbeitseinkommens zugunsten des Zinseinkommens die Kaufkraft der breiten Massen vermindert und damit die Arbeitslosigkeit vergrößert. Leider sind sich noch heute viel zu wenig Menschen darüber klar, daß sie mit dem Preis für alle gekaufte Ware dem Zinskapital einen versteckten Tribut zahlen! Denn jeder Erzeuger und Kaufmann muß ja zuerst das Geld verzinsen, das in seinem Betriebe steckt, und diesen Zins natürlich auf den Preis der Ware schlagen.

Es ließen sich noch manche Schriftworte anführen, die uns zeigen, wie sehr fragwürdig die Selbstverständlichkeit ist, mit der auch Christen heute immer noch unser heutiges Geldwesen hinnehmen, mit dem ja der Zins in ursächlicher Verbindung steht. Ich jedenfalls danke es dem „Aufwärts" von Herzen, daß er mir diese falsche Sicherheit zerstört und mich zum ernsten Nachdenken über diese Fragen angeregt hat.

In Nr. 277 des „Aufwärts" sagte Vagts sehr richtig, unter Lösung der sozialen Frage verstehe man auf wirtschaftlichem Gebiete die Befreiung von der Ausbeutung jeder Art, und der Zins sei gegenwärtig der größte Ausbeuter sowohl des Arbeiters als auch des Unternehmers. Möchte doch die Christenheit die Zeichen der Zeit verstehen und energisch für Gerechtigkeit im Volksleben und Beseitigung aller Ausbeutung kämpfen! Nur so dürfte es ihr gelingen, die Seele des nach Gerechtigkeit hungernden Arbeiters dem innerlich erstarrten Marxismus zu entreißen.

Lge.

Hitler?

Der Kampf um ihn und seine Bewegung geht fort und zerreißt unser Volk. Wie wird er enden, in der Erneuerung Deutschlands oder im Bolschewismus? Darum möchte ich einiges kurz aufzählen, was vielleicht zur Selbstbesinnung und Klärung in christlichen und nationalen Kreisen dienen kann. Zuerst nenne ich einiges,

was mich für Hitler einnimmt.

1. Hitler will in erster Linie die deutsche Landwirtschaft retten, heben und so stark machen, daß Deutschland auf eigenen Füßen stehen kann, vom Ausland unabhängig wird und dadurch auch der Industrie einen sicheren inländischen Markt schaffen. Mit Recht. Denn ein Volk lebt nicht von Gold, Papier und Industriewaren, sondern vom Brot. Der Handel mit dem Auslande soll nicht unterbunden werden, aber gegen die wichtigsten Lebensnotwendigkeiten des Volkes zurücktreten. Dagegen begünstigen die zur Zeit regierenden Kreise zuerst den Handel und die Industrie, obgleich sie uns den Neid der Völker zugezogen hatten und uns nicht zum wenigsten wegen ungenügender landwirtschaftlicher Grundlage den großen Krieg verlieren ließen. Für die Landwirtschaft tun sie nichts Entscheidendes. Auch ist es unmöglich — wie sie es versuchen — die Millionen Arbeitsloser wieder in der Industrie unterzubringen, einmal wegen der starken Rationalisierung derselben und dann, weil das Ausland deutsche Industrieprodukte in größerem Umfange nicht wieder aufnehmen wird. Einen klaren Weg aus der Not der Arbeitslosigkeit zeigt Hitler durch Brechung der Zinsknechtschaft.

2. Hiler will die Großwarenhäuser, welche den Mittelstand durch ihre Ramschwaren verderben, kommunalisieren und den kleinen Gewerbetreibenden helfen. An die Stelle der freien Wirtschaft, die uns unter die Herrschaft des vorzugsweise in den Händen der Juden befindlichen Großkapitals von Bank und Börse gebracht hat, soll der Grundsatz zur Durchführung kommen: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz." Ist das Sozialismus, so bin ich Sozialist. Es gibt neben dem nationalen Sozialismus auch noch einen in Standesvorurteilen befangenen Egoismus in nationalen Kreisen, der Hitler nicht an die Führung gelangen lassen will. Dieser nationale Egoismus hat den Marxismus großgezüchtet und wird im Bolschewismus enden.

3. Hitler will das formale römische Recht, das gleiche Recht für alle, volkszerstörende wie volksaufbauende Bürger (summum jus summa injuria) beseitigen und ein deutsches Recht entsprechend dem altpreußischen „suum cuique" schaffen. Juden, Moskaujünger u. a. sollen unter ein Gastrecht gestellt werden. Mit Recht. Das biblische „Hier ist nicht Jude noch Grieche" gilt nicht für den Staat, nur für die Kirche hinsichtlich Sünde und Erlösung durch Christum. Der Staat zerbricht daran.

4. Hitler ist zu rücksichtslosem Vorgehen gegen die sittliche Entartung in Kino, Presse, Radio u. a. entschlossen. Das deutsche Familienleben soll wieder auf eine wirtschaftlich gesunde Grundlage gestellt, der Vermischung des Blutes gewehrt, die deutsche Art gekräftigt werden. Das ist etwas Wertvolles.

5. Hitler sagt in Satz 24 seines Programmes den christlichen Konfessionen die Freiheit ihres Bekenntnisses zu. Darum tritt er Roms Anspruch auf Alleingeltung und Weltherrschaft der Papstkirche klar und bestimmt entgegen. Kein Wunder, daß seine Bewegung von dem jesuitisch geleiteten Zentrum, das in Deutschland die Führung an sich gerissen und auf allen Gebieten der Staatsführung und Volksbeeinflussung seine Herrschaft in unerhörter Weise aufgebaut hat, tödlich gehaßt wird. Darüber kann gelegentliches taktisches Zusammengehen zur Erreichung bestimmter Ziele nicht täuschen. Zentrum und Nationalsozialismus schließen sich grundsätzlich aus. Redet das Zentrum vom Christentum, so meint es ein solches, wie es Rom und seine Jesuiten auffassen, die im Widerspruch zum Evangelium die Herrschaft des Papsttums über die Völker der Erde aufrichten wollen. Hitler dagegen kämpft für das Lebens- und Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes.

6. Hitler verspricht seinen Anhängern keine Vorzugsrechte im Dritten Reich, fordert vielmehr von ihnen die größten Opfer an Gut und Blut. Unerhörte Blutopfer hat die SA dem deutschen Volke gebracht. Wo bleiben daneben die Opfer anderer deutsch und national sein wollender Parteien? Wen sollte das nicht auf Hitlers Seite ziehen? Er hat große Teile der Jugend und der Arbeiterschaft von dem Marxismus losgerissen und unser Volk bis zur Stunde vor dem blutigen Bolschewismus bewahrt.

Und doch gibt es etwas,

was Christen gegen die Hitlerbewegung bedenklich macht.

1. Angehörige der NSDAP verstoßen zuweilen gegen deren eigenen Grundsatz von der Freiheit der christlichen Konfessionen. So, wenn der oldenburgische Ministerpräsident Röwer dem weit überwiegend evangelischen Lande einen katholischen Kultusminister bestellt, und wenn er mit den schärfsten Worten sich gegen die oldenburgische Kirchenleitung ausspricht, weil es den farbigen Missionspastor Kwami auf die Kanzeln gelassen hat. Das hat stark verstimmt. Die Evangelischen fühlen sich ohnehin seit der Revolution vor dem Zentrum stark benachteiligt und wollen die gottgewollte Ueberparteilichkeit der Kirche sich nicht nehmen lassen. Bezüglich der Verkündigung des Evangeliums muß es bei dem apostolischen Wort bleiben: „Hier ist nicht Jude noch Grieche."

2. Es kann der Kirche nicht zum Segen sein, wenn die Angehörigen der NSDAP unter dem Namen „Deutsche Christen" in Kirche und Gemeinden ihren politischen Einfluß geltend machen. In ihr hat allein der Geist des Neuen Testamentes zu entscheiden. Kirche und Staat sind hier reinlich auseinanderzuhalten.

3. Die NSDAP setzt sich nicht für die Konfessions-, sondern für die christliche Gemeinschaftsschule ein. Vielleicht darf man bei der derzeitigen religiösen Einstellung der evangelischen Lehrerschaft und angesichts des wachsenden Antichristentums im Lande dankbar sein, wenn in christlichen Gemeinschaftsschulen der Religionsunterricht im Auftrag der Kirchen erteilt wird. Aber das Ideal eines in Konfessionen getrennten Volkes bleibt die Konfessionsschule, und wir müssen sie für uns fordern, solange Rom sie besitzt.

Der Wert der Unternehmer-Persönlichkeit

Von. O. Bungeroth.

(Schluß.)

Mit seinen technischen und kaufmännischen Mitarbeitern stand Krupp seit den kleinsten Anfängen seines Werkes auf dem Fuß unbedingten Vertrauens. Aber nicht nur mit den Angestellten und Beamten seines Werkes, sondern auch mit seinen Arbeitern verband ihn herzliches Vertrauen, was ja nicht anders denkbar war, weil er das Schicksal seiner Werksangehörigen ganz zu dem seinigen machte. Nichts war ihm deshalb widerwärtiger, als Mißtrauen in die Echtheit und Reinheit seiner Fürsorge. Abtrotzen wollte er sich nichts lassen.

Das zeigte sich, als in den Revolutionsjahren die Arbeiter einer neu erworbenen Fabrikanlage mit Lohnforderungen an ihn herantraten und mit Streik drohten, wenn er dieselben ihnen nicht bewilligen würde. Krupp war ihnen bisher als Arbeitgeber fremd gewesen. So hatte noch kein Vertrauensverhältnis zwischen ihm und ihnen bestanden. Dieses Auftreten empörte Krupp so, daß er diese Fabrik schließen wollte, ohne sich mit der Belegschaft in Verhandlungen einzulassen, ließ sich dann aber doch dazu bewegen. Bei dieser Gelegenheit erfuhr er, daß es weniger die Höhe der Löhne war, die die Arbeiter erregte, als die Vernachlässigung der Wohnungen. Dafür fanden sie beim ihm, der für seine alten Arbeiter schon schöne Arbeiterhäuser geschaffen hatte, volles Verständnis, und er kam ihren Wünschen aufs bereitwilligste entgegen. Auch wer auf dem Boden der Koalitionsfreiheit steht, wird Krupp die Gerechtigkeit widerfahren lassen müssen, daß er eine geschlossene Persönlichkeit war, die zwar Herr im Hause bleiben wollte, aber auch ein Herz für die Arbeiter hatte. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die mannigfachen und vielverzweigten Wohlfahrtseinrichtungen der Kruppschen Werke für die nachmaligen Sozialgesetze, an denen die Gewerkschaften heute noch mit begreiflicher Zähigkeit festhalten, für Bismarck vorbildlich geworden sind.

Schmerzlich war es für Friedrich Krupp, daß er gerade von der Regierung seines heißgeliebten preußischen Vaterlandes bei dem fortwährenden Wachstum seiner Fabrik am wenigsten Bestellungen erhielt für die mannigfachen Erzeugnisse an Geschützen und Panzerplatten. Das änderte sich durch die Heeresreform der Konfliktszeit und durch die Kriege von 1864 und 1866. 1867 wurden die Kruppschen Gußstahlgeschütze sogar auf der Pariser Weltausstellung durch Prämien ausgezeichnet und die französische Regierung hätte gern größere Geschützbestellungen bei Krupp gemacht, zumal Napoleon III. als der beste Artilleriekenner Europas galt. Aber Krupp verzichtete bewußtermaßen auf diese Anerkennung seiner Fabrikate. Seine Gesinnung war zu patriotisch und sein Blick außenpolitisch zu sehr geschärft, um nicht einen Zusammenstoß Frankreichs mit Preußen vorauszusehen, eine Voraussicht, die der Krieg von 1870/71 glänzend gerechtfertigt hat und Krupp zum gefeiertsten Unternehmer des neuen Deutschlands machte. Trotzdem lehnte er den ihm angebotenen Adel ab in schlichtbürgerlicher Gesinnung. Mit dankbarer Rührung blickte er vielmehr von der Villa Hügel, in die er aus seinem Arbeiterhäuschen gezogen war, hinab auf die jenseits der Ruhr einherführende Enneper Landstraße, auf der er als junger Anfänger seinen ersten Geschäftsgang angetreten hatte. Wie gewaltig war sein Werk gewachsen. Im Anfang waren es 45 und ums Jahr 1871 10 000 Arbeiter, die die Belegschaft bildeten. War es in der Folge seinem Sohn gelungen, mit Hilfe chemischer Studien den Gußstahl noch mehr zu verfeinern und wissenschaftlicher Prüfung zu unterziehen, sowie eine eigene Werft anzulegen, so zeigte dieser doch nicht die gewaltige Tatkraft des Vaters, unterlag vielmehr frühzeitig eigener Willensschwäche gegenüber den Angriffen der klassenkämpferischen Presse. Der eigentliche Schöpfer des Riesenwerkes ist und bleibt der alte Friedrich Krupp als ragende Persönlichkeit.

Wenn auch später die Kruppsche Fabrik in eine Aktiengesellschaft verwandelt worden ist, so befinden sich die meisten Aktien doch noch im Besitze der Familie Krupp. Herr Krupp von Bohlen und Halbach, der während des Weltkrieges einer Belegschaft von 80 000 Arbeitern vorstand, nimmt heute noch die Stellung einer anerkannten Unternehmer-Persönlichkeit in der deutschen Industrie ein, die eine gewichtige Stimme in die Waagschale der deutschen Wirtschaft zu werfen vermag.

Ehrung von Jubilaren im Ruhrbergbau.

Gelsenkirchen, den 30. 12. 1932.

Bei der Deutschen Erdöl-A.-G., Zeche Graf Bismarck, in Gelsenkirchen fand die übliche Ehrung der Beamten- und Arbeiterjubilare statt. Von den anwesenden 8 Beamten- und 21 Arbeiterjubilaren konnten 3 auf eine 40jährige und 26 auf eine 25jährige ununterbrochene Dienstzeit zurückblicken. Bergassessor Grotowsky gab der Genugtuung darüber Ausdruck, daß man nach den jahrelang anhaltenden Kündigungen in dem letzten Monat 700 frühere Belegschaftsmitglieder wieder einstellen konnte. Den Jubilaren wurde ein Ehrengeschenk in Gestalt einer Geldspende, einer silbernen Uhr mit Kette, sowie einer künstlerisch ausgeführten Ehrenurkunde überreicht. Die Zahl der Jubilare des letzten Jahrzehnts hat sich auf 387 erhöht.

Auf Zeche Dahlbusch bei Gelsenkirchen konnten 8 Beamte und 17 Arbeiter auf eine 25jährige Tätigkeit zurückblicken. Bei der Feier sprach der Generaldirektor, Bergassessor Kesten, den Jubilaren den Dank u. die Anerkennung für die treu geleisteten Dienste aus. Den Jubilaren wurde ein künstlerisches Diplom und ein Geldgeschenk überreicht. Seit Bestehen des Werkes haben insgesamt 158 Beamte und 1133 Arbeiter ihr 25jähriges, 25 Beamte und 108 Arbeiter ihr 40jähriges und 3 Beamte und 13 Arbeiter ihr 50jähriges Dienstjubiläum feiern können.

4. Bedenklicher als die aufgeführten Punkte ist, daß durch die Art der Propaganda, wie sie oft von Führern der Partei in Blättern und Versammlungen gegen die Regierungen getrieben wird, zur Untergrabung der Autorität führen muß. Dabei mag zugegeben werden, daß die NSDAP durch ihre ganze Bekämpfung, besonders durch die Ablehnung der Führung Hitlers nach den letzten Reichstagswahlen, sich mit Recht um die Frucht ihrer Arbeit und ihrer Blutopfer betrogen sieht. Auch ist die Hoffnung berechtigt, daß in ruhigeren Zeiten, wenn sich Hitler erst durchgesetzt hat, Ausschreitungen seiner Bewegung zurückgedämmt werden.

5. Am schmerzlichsten ist, und für mich als Christen nicht erträglich, daß nach Satz 24 ihres Programms die NSDAP religiöse Bekenntnisse nur gelten lassen will, soweit sie nicht gegen das Sittlichkeitsgefühl der germanischen Rasse verstoßen. Damit stellt sie die deutsche Art, die auch der Sünde und dem Irrtum unterworfen ist, grundsätzlich über das christliche Sittengesetz. Als Christ kann ich nie Mitglied der NSDAP sein, solange dieser Satz nicht fällt oder zu ihm nicht eine befriedigende Erklärung gegeben wird.

Warum gebe ich als Christ gleichwohl meine Stimme Hitler?

Weil ich nicht nur Christ, sondern auch Deutscher bin, der seines Volkes Bestes sucht. Nach menschlichem Ermessen haben wir für unser Volk nur die Wahl zwischen der Hitlerbewegung und dem Bolschewismus. Nur der NSDAP verdanken wir es, daß dieser in Deutschland noch nicht die Oberhand bekommen hat. Präsidiale Regierungen mit den kleinen Parteien können uns nicht vor ihm schützen, verschaffen vielmehr nur neuen Zulauf für die Kommunisten. Hitler hat unserem Volke neue Ideale und Ziele gegeben, die weite Kreise herumgerissen haben. Er hat allein nicht nur den Willen, sondern auch — mit einem Drittel des Volkes hinter sich — die Kraft, unser Volk von seinen Verderbern zu erretten. Darum hassen ihn auch alle Zerstörer des alten, machtvollen deutschen Kaiserreichs, das jesuitisch geleitete Zentrum, der jüdisch geführte Marxismus der Sozialdemokraten und Kommunisten und der gleichfalls von Juden geführte internationale Großkapitalismus und bekämpfen ihn auf Tod und Leben.

Sind nun noch Befürchtungen da, daß es, wenn Hitler die Macht erhält, zu großem Blutvergießen kommen werde? Damit möchte nur die jüdische Presse die ängstlichen Leute schrecken. Zum Bruderkrieg kommt es nur, wenn es den internationalen Großmächten gelingt, mit Hilfe einer verblendeten Reaktion die Hitlerbewegung zu lähmen und ihren Sieg zu verhindern. Dann wird als Folge der Bolschewismus seine blutige Schreckensherrschaft aufrichten und Deutschland in Blut ersticken. Hat Hitler erst die Macht, dann wird dem Bolschewismus in kurzer Zeit das Handwerk gelegt sein.

Aber wird dann nicht der evangelischen Kirche die Freiheit genommen und unserem Volke ein neues, unevangelisches Christentum aufgezwungen werden? Solange Hitler lebt, gewiß nicht. Der Kampf mit derartigen Bestrebungen wird allerdings unserer Kirche nicht erspart bleiben. Den soll und muß sie führen mit den Waffen des Evangeliums. Und wenn er unserer Kirche schwere Tage bringt? Nun, Gott hat seiner Kirche auf Erden nicht nur gute Tage verheißen, sondern Kampf, Trübsal, Not und Verfolgung. Als Christen setzen wir unsere Hoffnung auf ein höheres Reich und weigern uns der Gerichte unseres Gottes nicht. Aber wir sind auch Deutsche und geben die Hoffnung auf eine politische Wiedergeburt unseres Volkes nicht auf. Und darum gebe ich als Deutscher und als Christ meine Stimme nach wie vor Adolf Hitler.

Philipps, Pfr. i. R.

Bauernunruhen in Steiermark

Protestkundgebungen gegen Krankenkassen und Sozialversicherung. — Umfangreiche Schutzmaßnahmen. — Entsendung von Truppen.

Graz, 3. Januar.

Seit einigen Tagen herrscht unter der Bauernschaft in Ost-Steiermark große Aufregung. Die Veranlassung dazu gab die seit kurzem angeordnete Heranziehung der Landwirte zu den Leistungen der landwirtschaftlichen Sozialversicherung. Der tiefere Grund der Unzufriedenheit liegt darin, daß die Bauernschaft durch die Wirtschaftskrise an den Rand des Abgrundes gebracht ist. Es gibt fast keinen Hof, in dem der Steuereinzieher nicht ständiger Gast ist.

Vor einigen Tagen hatten die Bauern in Vorau, dem Mittelpunkt der Bewegung, eine Zwangsversteigerung gewaltsam zu verhindern gesucht und die einschreitenden Beamten tätlich angegriffen. Neun Personen wurden dabei verhaftet. Die Bauern fordern nun die Freilassung der Verhafteten und drohen mit einem „Marsch nach Graz", um ihre Kameraden zu befreien. Da die Bewegung sich immer weiter ausdehnt, hat die Bundesregierung eine aus 100 Mann bestehende Kompagnie der Grazer Alpenjäger sowie 100 Mann Gendarmerie in feldmarschmäßiger Ausrüstung mit Maschinengewehren nach Vorau entsandt. Der verstärkte Schutz macht auf die Bauern großen Eindruck. Trotzdem heißt es, daß am Dienstag ein demonstrativer Aufmarsch der Bevölkerung von Vorau und Umgebung im Orte geplant ist.

Eine Abordnung der Bauernschaft, die bei der Staatsanwaltschaft vorsprach, um die Freilassung der Festgenommenen zu erwirken, erhielt den Bescheid, daß ein Untersuchungsrichter nach dem Orte kommen werde, um genaue Erhebungen anstellen zu können. Landeshauptmann Dr. Rintelen wird gleichfalls nach Vorau gehen, um persönlich an der Beruhigung der Bevölkerung mitzuwirken.

Der Antrag auf Auslieferung der in Italien weilenden drei Dresdener SA.-Leute, die des Mordes an ihrem Kameraden Hentsch verdächtig sind, ist nach Rom weitergeleitet worden.

Burgfrieden beendet

Berlin, 3. Januar.

Die durch die Weihnachtsfeiertage und den Jahreswechsel bedingte Pause in der Politik kann als beendet angesehen werden, zumal am Montag auch die Verordnung über den politischen Burgfrieden abgelaufen ist und damit Demonstrationen und politische Versammlungen allgemein wieder zulässig sind. Das Reichskabinett wird sich in den nächsten Tagen wieder versammeln und hat dann Gelegenheit, die Lösung der Aufgaben vorzubereiten, die das neue Jahr der deutschen Politik stellt. Aber auch im Reichstag wird es sehr rasch wieder lebendig werden, tagt doch am Mittwoch der Aeltestenrat, um über den Termin der nächsten Plenarsitzung Beschluß zu fassen. Die Ausschußarbeit im Reichstag beginnt am 10. Januar, und zwar tagt an diesem Tage der Haushaltsausschuß, der finanzpolitische Fragen erörtern wird.

In der deutschen Innenpolitik hängt die Weiterentwicklung zunächst von dem Verlauf dieses neuen Tagungsabschnitts des Reichstags ab, in dem anläßlich der Programmerklärung des Reichskanzlers und der Abstimmung über die Mißtrauensanträge das Verhältnis zwischen dem Kabinett und der Volksvertretung endgültig geklärt werden muß. Die Grundlinien des Programms, mit dem der Kanzler vor den Reichstag treten wird, stehen bereits fest. Aehnlich wie der Reichskanzler in seiner Rundfunkrede hat auch Reichspräsident von Hindenburg bei den Neujahrsempfängen zum Ausdruck gebracht, das erste Ziel sei das, unserem Volke Brot und Arbeit zu schaffen und so den vielen Familien, in denen Not und Verzweiflung herrschen, Hoffnung und den Glauben an bessere Tage wiederzubringen.

Vorbereitet durch die Besprechungen, die Reichskommissar Dr. Gereke in den letzten Tagen des alten Jahres geführt hat, müssen jetzt wirksame Maßnahmen auf dem Gebiet der öffentlichen Arbeitsbeschaffung durchgeführt werden. Weitere Aufschlüsse über diese Maßnahmen sind von den Richtlinien zu erwarten, mit deren Ausarbeitung der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung seit einiger Zeit beschäftigt ist. Hoffen wir, daß wenigstens das neue Jahr auf dem Arbeitsmarkt einen entscheidenden Wandel herbeiführen und damit die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands beschleunigen wird. Weiter hat sich das Reichskabinett in seinen nächsten Sitzungen mit dem Bauernhilfswerk und mit der Aufstellung des Haushaltsplans für das Finanzjahr 1933/34 zu befassen.

So sehr aber in der jetzigen Situation, was übrigens auch bei den Neujahrsempfängen deutlich zum Ausdruck gekommen ist, Wirtschaftsfragen an hervorragender Stelle stehen, so verdient daneben auch die außenpolitische Entwicklung größte Aufmerksamkeit. In der nächsten Woche tagt der Vorbereitende Ausschuß der Weltwirtschaftskonferenz, weiter steht eine neue Tagung des Völkerbundsrates bevor, und schließlich wird auch der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz unter deutscher Beteiligung seine Arbeiten wieder aufnehmen.

„Wir kehren auf die Konferenz zurück", hat Reichskanzler von Schleicher bei der Uebermittlung der Neujahrswünsche des Reichskabinetts ausgeführt, „um eine wahre, allgemeine Abrüstung durchzusetzen und uns die gleiche Sicherheit zu verschaffen, die jedes andere Land genießt. Wenn es hierbei gelingt, der deutschen Jugend im Rahmen der Miliz das Recht zu wehrhaftem Staatsdienst wiederzugeben, so wird zugleich ein großer Schritt zum Ausgleich der inneren Gegensätze und zur Herstellung des Friedens in unserem Vaterlande getan sein."

Erfüllt werden muß diese vom gesamten deutschen Volke gebilligte Forderung durch das allgemeine Abkommen, um das man in Genf bemüht ist. Geschieht das nicht, oder würde die Abrüstungskonferenz auch im neuen Jahr nur die Entscheidung von Monat zu Monat verschieben, dann würde die Reichsregierung dieser Entwicklung unter keinen Umständen tatenlos zusehen können. Im Punkt 4 der Fünf-Mächte-Erklärung über die deutsche Gleichberechtigung haben sich die Mächte verpflichtet, darauf hinzuwirken, daß unverzüglich ein Abkommen ausgearbeitet wird, das eine wesentliche Herabsetzung der Rüstungen herbeiführt. Läßt dieses Abkommen nun auf sich warten, dann müßte Deutschland zur Selbsthilfe greifen.

Das Wort „unverzüglich" vom 11. Dezember sichert Deutschland davor, daß das Genfer Bild von 1932 sich einfach 1933 wiederholt, d. h., daß man sich nach einigen Monaten ergebnisloser Verhandlungen auf 1934 vertagt und weiter dann 1934 auf 1935, 1935 auf 1936 und so fort. Eine solche Vorstellung ist kein schlechter Scherz; man braucht sich nur erinnern, daß die Vorbereitende Abrüstungskommission von 1926 bis 1930 an einem Entwurf für ein Abrüstungsabkommen gearbeitet hat, den dann die Abrüstungskonferenz, als sie nach Zwischenschaltung einer einjährigen Pause am 2. Februar 1932 zusammentrat, sogleich fallen ließ. Den Humbug, den man 12 Jahre lang mit dem Abrüstungsproblem getrieben hat, muß 1933 unbedingt ein Ende bereitet werden.

Dritte Preußenverordnung

Reform der Städte-, Kreis- und Gemeindeordnungen.

Berlin, 3. Januar.

Die kommissarische Regierung in Preußen beabsichtigt den Erlaß einer dritten Notverordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung. Nachdem durch die beiden ersten Verordnungen die Neueinteilung der Landkreise, die Zusammenlegung von Ober- und Regierungspräsidien, die Auflösung von Provinzialschulkollegien, die Auflösung des Wohlfahrtsministeriums usw. geregelt wurde, soll die neue Verordnung Reformmaßnahmen bei den bestehenden Städte-, Kreis- und Gemeindeordnungen bringen. Der Umfang der Regierungsbehörden und der Verwaltungsgerichtsbarkeit soll vereinfacht werden, insbesondere auch durch einfachere Gestaltung des Verwaltungsstreit- und Beschlußverfahrens.

Inwieweit damit Interessengebiete der kommunalen Selbstverwaltung berührt werden, war bisher authentisch noch nicht festzustellen. In Kreisen der Regierung Braun ist über die neue Verordnung noch nichts bekannt. In den der kommissarischen Regierung nahestehenden Kreisen verlautet, daß die etwa bevorstehende Verordnung keineswegs umfassend sein werde, sondern lediglich dem Zwecke dienen solle, neben der weiteren Verbilligung und Vereinfachung der Verwaltung die Finanzschwierigkeiten bei den Gemeinden zu mildern durch Erleichterung der Umschuldungs-Aktion und durch Förderung des Ziels, die Arbeitslosigkeit in den Kommunen zu bekämpfen.

*

Zusendung von Gewerbesteuerbescheiden

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der Kommissar des Reiches für das preußische Finanzministerium in einer Verordnung vom 23. Dezember 1932 über Vereinfachungen bei der Zusendung von Gewerbesteuerbescheiden im Besteuerungsverfahren folgendes bestimmt:

„Bei schriftlichen Bescheiden, die im Besteuerungsverfahren ergehen (insbesondere bei Veranlagungsbescheiden, bei Zerlegungsbescheiden und bei Rechtsmittelentscheidungen im Besteuerungsverfahren), kann die Zustellung dadurch ersetzt werden, daß der Bescheid dem Steuerpflichtigen oder der sonstigen Person, für die der Bescheid bestimmt ist, durch einfachen Brief verschlossen zugesandt wird.

Bei Zusendung durch einfachen Brief gilt die Bekanntgabe mit dem dritten Tage nach der Aufgabe der Post als bewirkt, es sei denn, daß der Steuerpflichtige oder wer sonst auf dem Brief als Empfänger bezeichnet ist, darlegt, daß ihm der Bescheid nicht innerhalb der Frist zugegangen ist.

Die Verordnung ist mit Wirkung vom 1. Januar 1933 in Kraft getreten. Gleichzeitig sind die früheren Bestimmungen über die Zusendung von Gewerbesteuerveranlagungsbescheiden außer Kraft gesetzt worden."

Neuernennung in Preußen

Landrat Dr. Wiskott Staatssekretär im preußischen Landwirtschaftsministerium.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, haben die Kommissare des Reiches für das Land Preußen den Landrat Dr. Ernst Wiskott in Beeskow mit Wirkung vom 1. Januar 1933 zum Staatssekretär im preußischen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten ernannt. Der Reichskommissar für das Land Preußen hat den bisher mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Staatssekretärs im genannten Ministerium beauftragten Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft Musehl unter dem Ausdruck seines Dankes für die von ihm geleisteten wertvollen Dienste von dieser Tätigkeit entbunden. Staatssekretär Dr. Wiskott hat bereits seine Amtsgeschäfte übernommen.

*

Keine neue Klage der Regierung Braun

Wie aus Kreisen der preußischen Staatsregierung Braun verlautet, entspricht die Pressemeldung von einer bevorstehenden neuen Klage des preußischen Staatsministeriums gegen die Reichsregierung nicht den Tatsachen. Auch die Mitteilung, daß Ministerpräsident Braun in dieser Angelegenheit unmittelbar nach Neujahr mit Reichskanzler von Schleicher eine Unterredung haben werde, wird in der gemeldeten Form als unzutreffend bezeichnet. Richtig sei vielmehr, daß der Reichskanzler und Ministerpräsident Braun im Dezember eine Besprechung über die Regierungsverhältnisse in Preußen hatten, und daß bereits damals in Aussicht genommen wurde, die Verhandlungen im Januar zu gegebener Zeit fortzusetzen.

Die Glückwünsche des Reichstags

Neujahrsbriefwechsel zwischen Reichspräsident und Reichstagspräsident. — Kein „Reichsratsvorstoß".

Bei dem Neujahrsempfang des Reichspräsidenten war das Reichstagspräsidium nur durch den Vizepräsidenten Löbe vertreten. Aus dieser Tatsache war in verschiedenen Blättern auf angebliche Mißstimmigkeiten zwischen Reichspräsident und Reichstag geschlossen worden. U. a. war davon die Rede, der Reichstagspräsident Göring habe dem Reichspräsidenten bereits vor Weihnachten mitgeteilt, daß die Mitglieder des Reichstagspräsidiums am Neujahrstage nicht in Berlin seien. Diese Behauptung trifft, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, nicht zu. Was die Glückwünsche des Reichstags anbelangt, so hat Reichstagspräsident Göring folgendes Schreiben an den Reichspräsidenten gesandt:

Hochverehrter Herr Reichspräsident!

Euer Exzellenz bitte ich, im Namen des Reichstages und seines Präsidiums ergebenst, Ihnen zum Anlaß des Jahreswechsels auf diesem Wege unsere ehrerbietigsten, aufrichtigsten Glückwünsche aussprechen zu dürfen. Möge Gottes Gnade auch fernerhin über Ihnen walten, damit Euer Exzellenz im neuen Jahre Ihre Kräfte so wie bisher dem Dienste an Volk und Vaterland widmen können.

In ausgezeichneter Hochachtung und aufrichtiger Verehrung habe ich die Ehre zu sein Ihr sehr ergebener

gez. Hermann Göring.

Der Reichspräsident hat darauf unter dem gleichen Datum erwidert:

Sehr geehrter Herr Reichstagspräsident!

Haben Sie herzlichen Dank für die freundlichen Glückwünsche, die Sie mir anläßlich des Jahreswechsels im Namen des Reichstages und seines Präsidiums übermittelt haben. Ich erwidere Ihre Glückwünsche mit den besten Wünschen für Ihr persönliches Wohlergehen, wie für eine gute Arbeit des Reichstages.

Mit freundlichen Grüßen gez. v. Hindenburg.

Was dann weiter den Empfang der Reichsratsvertreter anbetrifft, so ist die Behauptung, es sei bei diesem Empfang dadurch zu einem Zwischenfall gekommen, daß der preußische Ministerialdirektor Coßmann namens des Reichsrats

die Beilegung des Preußenkonfliktes

gefordert habe, ebenfalls abwegig. Man kann schon deshalb von keinem Zwischenfall sprechen, als bereits vorher bekannt war, daß eine derartige Aeußerung von Seiten der Reichsratsvertreter gemacht werden würde. Der Reichspräsident hat in seiner Erwiderung dazu in entsprechender Form erklärt, er hoffe, daß die Sache mit Preußen in Ordnung komme.

*

Der Neujahrsempfang in Wien

Bei dem Neujahrsempfang des Diplomatischen Korps in Wien wies Bundespräsident Miklas auf die Aufbauarbeit

Oesterreichs hin, das bestrebt sei, die schwere Not der Zeit, die auf ihm laste, zu überwinden und durch sein geistiges und materielles Schaffen für sich und die ganze Welt die höchsten Güter der Menschheit sicherzustellen: Friede, Eintracht und Ordnung. Es sei ihm aufrichtiges Bedürfnis, auch der wirksamen Hilfe dankbar zu gedenken, die all die befreundeten Regierungen und Staatsmänner Oesterreich hätten angedeihen lassen wollen, in richtiger Erkenntnis der besonders erschwerten Verhältnisse, unter denen Oesterreich um sein materielles Dasein ringen müsse.

Die Vorstände der reichsdeutschen Verbände und Vereine in Wien hatten sich am Neujahrstage in der Deutschen Gesandtschaft eingefunden, um dem deutschen Gesandten Dr. Rieth zum neuen Jahre ihre Glückwünsche darzubringen. In seiner Dankesansprache würdigte der Gesandte die von Deutschland im abgelaufenen Jahre erzielten Erfolge in der Reparations- und der Gleichberechtigungsfrage und vor allem die Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg, der mit heroischer Hingabe das Wohl der Volksgesamtheit zu wahren verstanden habe.

„Wir gedenken", fuhr der Gesandte fort, „auch unseres stammverwandten österreichischen Brudervolkes, das — ebenso wie wir — besonders schwer unter der Wirtschaftskrise und den Folgen der ihm wie uns aufgezwungenen Friedensverträge zu leiden hat."

Eine Milliarde fehlt

Starker Rückgang der Steuer- und Zolleinnahmen.

Nach einer Veröffentlichung des Statistischen Reichsamts wurde die Steigerung der öffentlichen Ausgaben, die die ersten fünf Jahre nach der Währungsstabilisierung kennzeichnete, im Rechnungsjahr 1931/32 durch eine rückläufige Bewegung abgelöst, mit der die früheren Ausgabenerhöhungen dreier Jahre ausgeglichen und hinsichtlich des Gesamtbedarfs

der Stand von 1926/27 wieder erreicht.

worden ist. Bisher beträgt der Rückgang des Finanzbedarfs der öffentlichen Verwaltung 3,8 Milliarden Reichsmark oder 18,4 Prozent. Demgegenüber ist der Zuschußbedarf nur um 14,6 Prozent zurückgegangen.

Den inzwischen erzielten Einsparungen auf der Ausgabenseite stehen noch stärkere Ausfälle bei den Deckungsmitteln gegenüber. Das Schwergewicht des Rückganges liegt hier bei den Einnahmen aus Steuern und Zöllen, bei denen mit einer Minderung um wenigstens zwei Milliarden Mark zu rechnen ist. Von diesem Betrag entfallen etwa drei Fünftel auf Reichssteuern, der Rest auf Landes- und Gemeindesteuern.

Die Gesamthöhe der Deckungsmittel dürfte sich für 1932/33 auf rund 13,75 Milliarden belaufen; sie bleibt hinter dem Finanzbedarf um mindestens eine Milliarde zurück.

Wirtschaftsfriede an der Ruhr

Keine Kündigung der Lohnordnung im Ruhrbergbau.

Essen, 3. Januar.

Die Lohnordnung für den Ruhrbergbau, die durch Schiedsspruch des Schlichters Prof. Dr. Brahn vom 24. September 1932 zunächst auf vier Monate mit Wirkung vom 1. Oktober 1932 in Kraft gesetzt wurde, ist zu dem ersten Kündigungstermin — dem 31. Dezember — weder von Arbeitnehmer- noch von Arbeitgeberseite gekündigt worden.

Damit läuft der Tarif unverändert einen Monat weiter und kann erst wieder am 31. Januar zum 28. Februar gekündigt werden.

In der Neujahrsnacht kam es in verschiedenen Städten zu blutigen Zusammenstößen; auch tödlich verlaufene Unglücksfälle sind mehrfach zu beklagen.

Hitler gegen Kompromiß

„Das Jahr 1933 — ein Kampfjahr!"

Berlin, 3. Januar.

Die erste Nummer der neuen norddeutschen Ausgabe des „Völkischen Beobachter" bringt unter dem Titel „Kampfbotschaft für 1933" einen programmatischen Artikel von Adolf Hitler. Hitler erklärt darin, er sei aufs äußerste entschlossen, das Recht der Erstgeburt der Bewegung nicht für das Linsengericht der Beteiligung an einer Regierung ohne Macht zu verkaufen. Er lehnt jedes Kompromiß ab und bezeichnet es als die größte Aufgabe der NSDAP. im kommenden Jahr, das er ein Kampfjahr nennt, den Kämpfern, Mitgliedern und Anhängern in größter Klarheit vor Augen zu führen, daß die Partei kein Selbstzweck sei, sondern nur ein Mittel zum Zweck.

Deutscher Schritt in Brüssel

Wegen der Ausweisung des Kaplans Gilles.

Brüssel, 3. Januar.

Die Deutsche Gesandtschaft in Brüssel, die sich bereits von sich aus des Falles Gilles angenommen hatte, ist entsprechend einer Weisung aus Berlin erneut mit der belgischen Regierung wegen der Ausweisung des Geistlichen in Verbindung getreten.

Verständigung in Washington?

Verbindung Hoover—Roosevelt angeblich wieder hergestellt.

London, 3. Januar.

Die „Times" melden aus Washington, es seien Anzeichen vorhanden, daß eine „vertrauliche und günstige Art der Verbindung" zwischen Hoover und Roosevelt geschaffen worden sei. Die Arbeiten des vorbereitenden Ausschusses für die Weltwirtschaftskonferenz seien daher nicht der Gefahr einer möglichen Abänderung nach dem Amtsantritt Roosevelts ausgesetzt. Welcher Art die Verbindung zwischen Hoover und Roosevelt sei, werde nicht enthüllt. Sie hänge aber wenig oder gar nicht mit den Reisen Norman Davis' zusammen.

Rundschau im Auslande

Der Chefredakteur der Sofioter Zeitung Mazedonia, Eftimow, ist den Verletzungen erlegen, die er bei der Schießerei vor dem bulgarischen Königsschloß am 23. Dezember erhalten hat.

Der sowjetrussische Botschaftsrat in London, Bogomoloff, ist zum Botschafter der Sowjetunion in China ernannt worden.

*

Einschränkung der Hochschulautonomie in Polen.

Die polnische Regierung will die Hochschulautonomie wesentlich beschränken. So wird der auf drei Jahre gewählte Rektor nunmehr vom Präsidenten der Republik auf Antrag des Unterrichtsministers bestätigt werden müssen. Verweigert der Unterrichtsminister die Beantragung der Bestätigung, so müssen innerhalb von drei Monaten neue Rektoratswahlen erfolgen. Eine sehr bedeutsame Einschränkung bringt die Bestimmung, daß die Sicherheitsbehörden nach eigenem Ermessen in das Hochschulgebiet eindringen können, allerdings müssen die Sicherheitsbehörden den Rektor hiervon verständigen.

*

Sir Mansfeldt Finlay gestorben.

Der ehemalige britische Gesandte in Christiania Sir Mansfeldt de Cardonnel Finlay ist im 71. Lebensjahre gestorben. — Finlay ist als Gesandter in Christiania während des Weltkrieges durch Enthüllungen über seine Machenschaften zur Beseitigung des irischen Politikers Sir Roger Casement kompromittiert worden.

Feuerkämpfe in Schanhaikwan

Zu einem nächtlichen Feuergefecht zwischen Japanern und Chinesen kam es in der am Golf von Liautang gelegenen Stadt Schanhaikwan. Nach chinesischen Darstellungen eröffneten die Japaner aus unbekannten Gründen das Feuer, das die Chinesen erwiderten, um ihre Stellung halten zu können.

Nach einer Havas-Meldung aus Peking haben die Japaner die Stadt Schanhaikwan beschossen und am Montag eingenommen.

Politische Rundschau

Ostpreußen fordert Grenzsperre gegen überflüssige Fetteinfuhr. Die Ostpreußische Landwirtschaftskammer hat an den Reichskanzler und den Reichsernährungsminister ein Telegramm gerichtet, in dem erneut die Forderung unverzüglicher Grenzsperre gegen alle überflüssige Fetteinfuhr erhoben wird.

Devisenabkommen mit Holland und Luxemburg. Die Verhandlungen mit der holländischen sowie mit der belgischen und luxemburgischen Regierung zur Regelung der Zahlungen für den Warenverkehr zwischen Deutschland und den genannten Ländern haben zu einer Einigung geführt. Die neue Regelung tritt gegenüber Holland am 10., gegenüber der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion am 12. d. M. in Kraft.

Verschiedenes.

Deutscher Arbeitsdienst 1933. Der Reichsarbeitsminister und Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst, Dr. Syrup, der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung und Präsident des Deutschen Landgemeindetages, Dr. Gereke, sowie führende Persönlichkeiten der im Arbeitsdienst tätigen Fachverbände und politischen Organisationen aller Richtungen, wie auch führende Frauenverbände haben in dem ersten Januar-Heft der Zeitschrift „Deutscher Arbeitsdienst", dem zweimal monatlich erscheinenden überparteilichen Zentralorgan der Arbeitsdienstbewegung das Wort zu den bisherigen Erfahrungen und der zukünftigen Gestaltung des Freiwilligen Arbeitsdienste, insbesondere im neuen Jahr, genommen. Dieses Heft ist direkt vom Verlag „Deutscher Arbeitsdienst", Berlin SW 11, Dessauerstraße 26, zum Preis von RM 0,30 zu beziehen. Bei größeren Bestellungen Preisermäßigung.

Bethel.

— Heute, Dienstag, den 3. Januar, abends 8 Uhr in Zion, ist das Thema für die Gebetswoche: „Die allgemeine christliche Kirche, deren Haupt Christus ist." Leiter Pastor Lethaus.

— Missionsfeier. Am 6. Januar, dem Epiphanias-Fest, wird in der Zionskirche abends ½8 Uhr wieder eine kleine Schar Missionsarbeiter verabschiedet. Nach Luandai kehren zurück Missionar P. Personn und Frau, nach Lutindi Diakon Nickel und Frau, und nach Kigalama Fräulein Bertha Johansen. Die Predigt hat Herr Pastor Personn übernommen. Die ganze Bethelgemeinde wird hiermit herzlich eingeladen. Die Kollekte ist für die neue Missionsstation Rukajange bestimmt.

— Im Interesse der zu besuchenden Kranken bitte ich dringend, die Sprechzeit pünktlich einzuhalten.

Dr. Knöppler, Dothan, 8—9 und 2—3 Uhr außer Sonnabend nachmittag.

Nach langer Pilgerfahrt rief Gott unsere liebe Mutter und Großmutter

Frau Johanna Bredlow
geb. Schmidt

im Alter von 88 Jahren heim.

Familie Max Bredlow
Familie Otto Bredlow
Paul Bredlow

Eckardtsheim, 31. Dezember 1932.

Psalm 62 Vers 2.

Nach langem, schwerem Leiden ist mein lieber Mann und treusorgender Vater, unser lieber Sohn, Bruder, Schwiegersohn, Schwager, Onkel und Neffe

Walter Groß

im Alter von 32 Jahren in Frieden heimgegangen.

Im Namen aller trauernden Hinterbliebenen

Familie August Groß

Bethel, Dortmund, 1. Januar 1933.
Caronweg 30

Die Beerdigung findet am Donnerstag, 5. Januar, nachmittags 3 Uhr von der Friedhofskapelle in Bethel aus statt.

Allgäuer Teppiche

Im Anstaltsgebiet von Bethel werden von Erwerbslosen Teppiche in jeder Größe, Läufer und Bettvorleger in Allgäuer Art aus Flicken handgewebt und preiswert verkauft. Wünsche in Bezug auf Farbgebung können berücksichtigt werden. Bitte unterstützen Sie uns durch Bestellungen.

Anfragen an:
Frau Pastor Fritz von Bodelschwingh
Bethel, Königsweg 3.

Stellengesuche und Angebote haben im „Aufwärts" großen Erfolg!

Wir empfehlen unsere, in eigener Werkstatt, aus bestem Material hergestellten



Aluminium-Geschirre

für Küche und Tisch

Sowie die bei uns selbst angefertigten

Korbwaren, Sessel und Tische

Tiberias-Werkstätten der Anstalt Bethel

Ausgebildete

Gärtnerin

die auch in größeren Betrieben schon tätig war, sucht passenden Wirkungskreis, ist auch bereit, nebenbei Hausarbeit zu übernehmen und bei der Erziehung der Kinder behilflich zu sein (Ueberwachung d. Schularbeiten, Kenntnisse in Fremdsprachen vorhanden). Gehaltsansprüche nach Uebereinkunft. — **Marg. Kotthaus, Boppard a. Rhein, „Bethesda".**

Angestellter sucht für den Umbau seines Wohnhauses ein

Darlehen
von 2000—2500 RM.

als 1. Hypothek. Mehrfache Sicherheit vorhanden. Angebote unt. A 3014 an die Geschäftsstelle des „Aufwärts" erbeten.

Soziales Frauenseminar
der Diakonissen-Anstalt zu Düsseldorf-Kaiserswerth
(anerkannte Wohlfahrtsschule)

Theoretische und praktische Ausbildung für alle Zweige der öffentlichen Wohlfahrtspflege, abschließend mit dem staatliche Examen, zugleich für kirchliche Gemeindearbeit als Pfarrgehilfin, abschließend mit dem kirchlichen Examen.

Beginn des neuen Lehrgangs Ostern 1933.

Näheres durch die Leitung.

Anzeigen aus Bethel.

— Am Mittwoch, dem 4., und Donnerstag, dem 5. Januar, halten wir unsere Verkaufsräume wegen der Aufnahme geschlossen.

Wir bitten unsere verehrte Kundschaft, alles, was in diesen beiden Tagen benötigt wird, bereits Montag oder Dienstag hereinzunehmen und uns frühzeitig entsprechende Aufträge zu erteilen.

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß wir am Freitag, den 6. Januar, mit dem Resteverkauf beginnen.

Ophir, vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts", Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.